



**DIMENSION
PARLEMENTAIRE**



**Thematische Interparlamentarische
Konferenz über die strategische
Wirtschaftsautonomie**

Ort: Senat

Datum: 14. März 2022

**Schlussfolgerungen des Vorsitzes
zur strategischen Autonomie im Industriesektor**



Schlussfolgerungen des Vorsitzes

zur strategischen Autonomie im Industriesektor

Zwischen 2000 und 2019 ist der Anteil des Industriesektors am Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union (EU) von 25,4 % auf 22,2 % gesunken. Obwohl dieser gezügelte Rückgang Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten verschleiert, offenbart er in einigen Mitgliedstaaten einen deutlichen Rückgang dieses Sektors.

Der offene Charakter des Binnenmarkts, die Integration der europäischen Produzenten in die Weltwirtschaft und die umfassenden Handelsbeziehungen der Union mit ihren Partnern sind zwar eindeutige Vorteile für ihre Wirtschaft, allerdings hat die weltweite geopolitische Instabilität, die in den letzten Jahren und vor allem in den letzten Monaten gestiegen ist, die Anfälligkeit der Wertschöpfungsketten verdeutlicht.

Die Engpässe bei der Versorgung mit bestimmten Werkstoffen und Komponenten, die durch die Covid-19-Pandemie verursacht oder verschärft wurden und erhebliche Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft haben, trugen dazu bei, dass die strategische Wirtschaftsautonomie, insbesondere im industriellen Bereich, zu einem wichtigen Ziel der Europäischen Union wurde. Die von der EU als Reaktion auf Russlands Angriff auf die Ukraine beschlossenen Wirtschaftssanktionen werfen die Frage nach der Belastbarkeit der europäischen Wirtschaft gegenüber externen Störungen noch stärker auf, zumal die Preise für viele Rohstoffe stark ansteigen und traditionelle Versorgungskanäle inzwischen unterbrochen sind.

Diese allmähliche Bewusstwerdung ist ein Signal für die Mitgliedstaaten, gemeinsam zu überlegen, wie die Wertschöpfungsketten und die Versorgung bestmöglich gesichert werden können, da die maßgebliche Größenordnung für die Ausgestaltung einer Industriepolitik, die im Wettbewerb mit unseren amerikanischen und chinesischen Partnern und Konkurrenten bestehen und die Auswirkungen der Isolierung der russischen Wirtschaft begrenzen kann, die der Europäischen Union ist.

Im Bestreben, den Binnenmarkt widerstandsfähiger zu machen und Schwankungen weniger stark ausgesetzt zu sein, kann eine Verringerung der Konzentration der Versorgungsquellen in manchen Fällen durch eine Verlagerung der Produktion der kritischsten Ausgangsstoffe in das Gebiet der Union und in anderen Fällen durch eine Diversifizierung der Unternehmen und Lieferländer erreicht werden.

Ein solcher Ansatz kann nur auf einer besseren Kenntnis der Wertschöpfungsketten und der strategischen Ausgangsstoffe sowie auf einem Vorgehen von Fall zu Fall beruhen. Eine systematische und prinzipielle Verlagerung von Aktivitäten mit geringer Wertschöpfung würde nämlich zu unverhältnismäßigen Mehrkosten für den Verbraucher führen, ohne dass eine wesentliche Verbesserung unserer strategischen industriellen Autonomie gewährleistet wäre. Andererseits bildet die Produktion bestimmter weniger hochwertiger Güter oder Güter mit geringerer Wertschöpfung oft eine unabdingbare Grundlage für die Entwicklung von Spitzenindustrien und kann daher einen strategischen Charakter aufweisen.

Das Streben nach einer strategischen Wirtschaftsautonomie erfordert gezielte Investitionsanstrengungen in bahnbrechende Technologien, die für zukunftssträchtige Branchen von grundlegender Bedeutung sind. Die Vereinbarkeit von anspruchsvollen Wettbewerbsregeln, die den Verbrauchern niedrigere Preise bieten, mit der unerlässlichen Förderung der Entstehung strategischer Industriezweige hat in der Vergangenheit die langfristigen Vorteile dieser Zweige für die Wirtschaftsräume und Gesellschaften der Europäischen Union nur unzureichend Früchte getragen. Der Industriesektor erzeugt starke positive Außenwirkungen und trägt insbesondere zu einer ausgewogenen Raumplanung, zur Erhaltung wichtiger zwischengeschalteter Arbeitsplätze sowie zur Entwicklung des Wissenschafts- und Forschungspotenzials der Nationen bei. Es bedarf nachhaltiger und konzertierter Anstrengungen, um die Kompetenz der Wirtschaft der Union zu steigern und den Verlust von Know-how infolge früherer Verlagerungen von Industrietätigkeiten aufzuholen.

Die Basis für die Wirtschaftsmacht Europas in der Neuzeit wurde von der Industrie gelegt, ihr industrielles Erbe ist ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Identität. Heute verfügt die Union über zahlreiche Stärken, um ihre strategische Autonomie im industriellen Bereich wieder zu festigen, wie etwa die Breite und Tiefe ihres Binnenmarktes, eine hoch qualifizierte Erwerbsbevölkerung, eine innovationsfördernde Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung auf hohem Niveau.

Schließlich werden die Aufrechterhaltung und Entwicklung industrieller Aktivitäten in Europa im Einklang mit den Verpflichtungen der Europäischen Union zum grünen Wandel eine Senkung seines CO₂-Fußabdrucks in Anbetracht der "grünen Wettbewerbsfähigkeit" seines Produktionsapparats ermöglichen. Der Einsatz von weniger rohstoffintensiven Prozessen, die Senkung von Transportemissionen und die Nutzung kohlenstofffreier Energien werden die Bemühungen zur Bekämpfung der globalen Erwärmung unterstützen.

Aus diesen Gründen positioniert sich der Vorsitz der Interparlamentarischen

Konferenz über strategische Wirtschaftsautonomie in der ersten Hälfte des Jahres 2022 wie folgt:

- **er ist der Ansicht, dass die strategische Autonomie im industriellen Bereich nur auf offene Weise gestaltet werden kann**, da anderenfalls die europäischen Unternehmen bei der Erschließung von Auslandsmärkten beeinträchtigt werden würden; die Größe des Binnenmarkts sollte vielmehr als Hebel für die Union dienen, um Wechselseitigkeit des Handels zwischen den wichtigsten Handelspartnern zu erwirken und die Ausweitung ihrer Normen zu fördern;
- **er ruft zur Formulierung klarer Zielvorgaben für den Marktanteil von Produkten des europäischen geistigen Eigentums in bestimmten strategischen Bereichen auf**, um damit unter anderem auf die Ambitionen des strategischen Programms „Made in China 2025“ zu antworten;
- **er unterstützt die „Industriestrategie für Europa“**, die von der Europäischen Kommission im März 2020 vorgelegt und im Mai 2021 überarbeitet wurde, um Erkenntnisse aus der Gesundheitskrise zu gewinnen, und in der 14 industrielle Ökosysteme ermittelt werden sollen, die für die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts ausschlaggebend sind, und fordert die Union mit Nachdruck auf, schnellstmöglich operative Schlussfolgerungen aus ihren ersten Bewertungen zu ziehen;
- **er erinnert an das Erfordernis, die Reindustrialisierung im Einklang mit einer globalen Verbesserung des CO₂-Fußabdrucks der Europäischen Union zu denken** und dabei auf die Erhaltung der Umweltqualität und der öffentlichen Gesundheit in Europa zu achten;
- **er ist der Ansicht, dass der Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ein geeignetes Instrument zum Ausgleich des gesamten CO₂-Fußabdrucks der europäischen Industrie ist und daher umgehend eingeführt werden sollte**;
- **er begrüßt die Überarbeitung der Mitteilung der Europäischen Kommission zu den Vorschriften für staatliche Beihilfen, die ab dem 1. Januar 2022 für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) gilt**, und ruft zu neuem Ehrgeiz bei der Festlegung gemeinsamer Industrieprojekte auf;
- **er begrüßt die Fortschritte bei der Bekämpfung unlauterer Praktiken Dritter im Binnenmarkt, insbesondere durch ausländische Subventionen**, die den Wettbewerb verfälschen können, und unterstützt den einschlägigen Verordnungsvorschlag der

Europäischen Kommission;

- **er unterstützt die Strategie der Europäischen Kommission zum Ausbau der europäischen Produktionskapazitäten im Bereich Mikroprozessoren und fordert die rasche Vorlage und Verabschiedung der angekündigten EU-Verordnung;**
- **er empfiehlt die Einführung einer Steuer- und Regulierungspolitik, die die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft im Verhältnis zu ihren internationalen Konkurrenten fördert;**
- **er wünscht eine weitere Harmonisierung der Rechtsvorschriften innerhalb der Union mit dem Ziel, ein Ökosystem zu schaffen, das innovative Industriezweige fördert;**
- **er ermutigt zu nationalen und europäischen Kreuzinvestitionen zum Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** und schafft durch konkrete Umsetzungen de facto Solidarität und nachhaltige Partnerschaften im industriellen Bereich;
- **er vertritt eine Strategie zur Ermittlung von nur schwer substituierbaren Produkten oder Zwischenprodukten, selbst wenn diese nicht kritisch sind,** die aufgrund der Strukturierung des Angebots oder der Nachfrage zu Engpässen führen und somit die gesamte nachgelagerte industrielle Wertschöpfungskette gefährden können;
- er ruft zu einer Stärkung der mittel- und langfristigen **Versorgungsstrategien** der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten mit dem Ziel auf, die **Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gegenüber geostrategischen Risiken** zu verbessern, indem insbesondere Angebotsschocks antizipiert werden, die sich aus der Anwendung von Wirtschaftssanktionen gegen Drittstaaten ergeben könnten, und betont in diesem Zusammenhang die besondere Bedeutung der **Arbeit der Europäischen Kommission in Bezug auf die strategischen Kapazitäten und Abhängigkeiten der Europäischen Union** in Schlüsselbereichen wie Technologien und Metalle im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien, pharmazeutischen Wirkstoffen oder Wasserstoff;
- **er unterstützt die Anpassung des Rechtsrahmens für den Abbau von Rohstoffen** in der Union zur Förderung des Zugangs zu den mineralischen Ressourcen in Europa unter Bedingungen, die mit den Umweltzielen der Union vereinbar sind, um den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten eine sichere Grundversorgung mit mineralischen Rohstoffen zu garantieren, die keinen geopolitischen Risiken unterliegt, wie das heute bei die Versorgung der Industrie mit Aluminium, Palladium, Titan oder auch Kupfer im Lichte des Konflikts in der Ukraine und der gegen Russland gerichteten Wirtschaftssanktionen der

Fall ist;

- er ist der Ansicht, dass **der Zugang der europäischen Industrie zu einer kohlenstofffreien Energie in angemessenen Mengen und zu angemessenen Preisen**, um die wesentlichen Produktionen zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit der Industriegüter der Union zu erhalten, eine grundlegende Voraussetzung für die strategische Autonomie der Union ist und dass die **Diversifizierung der Quellen für die Energieversorgung der Mitgliedstaaten** vor allem angesichts der Unsicherheiten, die auf den Handelsbeziehungen zwischen der Union und Russland lasten, zwingend erforderlich erscheint, dass in dieser Übergangszeit **das Risiko einer Verlagerung der europäischen Industrie in Länder mit weniger strengen Umweltvorschriften oder einer sichereren Energieversorgung** nicht unbeachtet bleiben darf und besondere Aufmerksamkeit seitens der Behörden erfordert;
- er betont die **Notwendigkeit eines verstärkten Einsatzes digitaler Technologien und der Automatisierung in der industriellen Produktion** und fordert eine ambitionierte europäische Strategie in diesem Bereich;
- er wünscht, dass die **Kommission ihre Bemühungen für eine bessere Abstimmung zwischen Wettbewerbs- und Industriepolitik fortsetzt**, indem sie die Begriffe „relevanter Markt“ und „Verbraucherinteresse“ neu definiert;
- er empfiehlt die **Einführung eines Regelwerks und Anreizsystems, das die Solidarität zwischen Großunternehmen und KMU sowie zwischen vor- und nachgelagerten Bereichen jeder Branche stärkt**, um die Entstehung von Ökosystemen zu fördern, die wirklich synergetisch sind;
- er befürwortet den **Ausbau der Instrumente zur Kontrolle ausländischer Investitionen, um gegen feindliche Beteiligungen oder außergemeinschaftliche Übernahmen von Flaggschiffen der Industrie mit strategischer Bedeutung vorzugehen**, die zum Verlust von Know-how, Kompetenzen oder Technologien führen können, die für den Fortbestand der europäischen Industrie kritisch sind;
- er fordert die **schnellstmögliche Nutzung der Verordnung über die Gegenseitigkeit im öffentlichen Auftragswesen durch europäische Unternehmen, insbesondere KMU**, und befürwortet eine Überarbeitung der Bestimmungen für das öffentliche Auftragswesen, bei der den Kriterien geografische Nähe und CO₂-Fußabdruck ein größeres Gewicht beigemessen wird;

- er unterstreicht die zentrale Rolle der lokalen Gebietskörperschaften bei der Territorialisierung der Industriedynamik und befürwortet eine ausgewogene territoriale Ansiedlung von Industriestandorten.